

Wößmann, Ludger; Freundl, Vera; Grewenig, Elisabeth; Lergetporer, Philipp;
Werner, Katharina

Article

Deutsche sind für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im Bildungssystem – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2020

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wößmann, Ludger; Freundl, Vera; Grewenig, Elisabeth; Lergetporer, Philipp; Werner, Katharina (2020) : Deutsche sind für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im Bildungssystem – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2020, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. 09, pp. 40-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225171>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Vera Freundl, Elisabeth Grewenig und Katharina Werner*

Deutsche sind für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im Bildungssystem – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2020

IN KÜRZE

Dass in Deutschland die Bundesländer für die Bildungspolitik zuständig sind, führt regelmäßig zu Debatten über mangelnde Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit in der Bildung. Das ifo Bildungsbarometer 2020, unsere jährliche repräsentative Meinungsumfrage, hat die Meinung von über 10 000 Erwachsenen zum Themenfeld Bildungsföderalismus erhoben. Die Mehrheit der Deutschen (60%) spricht sich dafür aus, dass die wichtigsten bildungspolitischen Entscheidungen vom Bund und nicht von den Ländern getroffen werden. Auch in der Finanzierung der Bildung wünschen sich die Befragten mehr Engagement des Bundes. Im Schulsystem wird die Zuständigkeit für Rahmenregelungen wie Lehrpläne mehrheitlich beim Bund gesehen, während die Schulen selbst für die Auswahl der Lehrkräfte und die Verwendung der Mittel zuständig sein sollten. 70% der Deutschen befürworten die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates, 83% einen Bildungsstaatsvertrag mit verbindlichen Vorgaben. Einer überwältigenden Mehrheit von 88% ist die Vergleichbarkeit von Schülerleistungen zwischen den Bundesländern wichtig. Dementsprechend unterstützen klare Mehrheiten Reformvorschläge wie die regelmäßige Erhebung von Schülerleistungen für Ländervergleiche (76%), notenrelevante einheitliche Vergleichstests (69%), deutschlandweit einheitliche Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe (88%) und ein Gemeinsames Kernabitur (84%). Befragte aus Ländern mit guten Schülerleistungen sind mit der Bildungspolitik ihres Landes mehrheitlich zufrieden, jene aus Ländern mit schlechten Leistungen sind mehrheitlich unzufrieden. Diese Unterschiede verstärken sich, wenn die Befragten über die tatsächlichen Leistungen in ihrem Land informiert werden.

Bildung ist in Deutschland Ländersache. Laut Grundgesetz sind die Bundesländer sowohl für die Gestaltung und Ausführung von Bildungsgesetzen als auch für die Finanzierung ihres Bildungssystems verantwortlich.¹ Dementsprechend vielfältig ist die deutsche Bildungslandschaft: Die Bundesländer unterscheiden sich etwa darin, welche Lehrpläne gelten, wie die Schularten im weiterführenden Schulbereich organisiert sind, wie lange die Gymnasialzeit dauert (G8/G9), wie die Abschlussprüfungen gestaltet sind oder wie die Schüler*innen in Vergleichstests abschneiden.

Aktuell werden verschiedene Initiativen diskutiert, die zu mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im deutschen Bildungssystem beitragen sollen. So hatten sich die Regierungsparteien des Bundes in ihrem aktuellen Koalitionsvertrag auf die Einrichtung eines »Nationalen Bildungsrates« verständigt, der »Vorschläge für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen« vorlegen sollte. Nach langen Vorbereitungen und Verhandlungen scheiterte der Vorschlag schlussendlich am Widerstand der Länder Bayern und Baden-Württemberg. Gleichzeitig arbeitet die Kultusministerkonferenz (KMK) am Entwurf eines Bildungsabkommens, das in Form eines Staatsvertrags oder zumindest einer Ländervereinbarung zu mehr Vergleichbarkeit im Rahmen des Bildungsföderalismus führen soll.

Einerseits wird die Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme der Bundesländer in der öffentlichen Debatte oft als Nachteil angesehen. Eltern in Ländern mit schwächeren Ergebnissen würden zumeist gerne von der höheren Qualität der anderen Länder profitieren. Es wird häufig als unfair erachtet, wenn Kinder nicht überall die gleiche Chance auf qualitativ hochwertige Bildung haben. Neben Themen wie der mangelnden Vergleichbarkeit von Abiturabschlüs-

vorrangende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

¹ Auf Basis des 2006 eingeführten Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern waren dem Bund bis vor kurzem Finanzhilfen im Bildungsbereich weitestgehend untersagt. Im vergangenen Jahr haben sich Bund und Länder auf eine Grundgesetzänderung geeinigt, die den Bund berechtigt, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur finanziell zu unterstützen (vgl. etwa Lenk et al. 2019).

* Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Sonderforschungsbereich Transregio 190) für die finanzielle Unterstützung, dem Wissenschaftlichen Beirat des ifo Bildungsbarometers – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Dorothea Kübler, Nele McElvany, Natalja Menold, Beatrice Rammstedt und Guido Schwerdt – und den Kolleg*innen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen, Franziska Kugler für ihre Mitarbeit am Projekt sowie Nils Bühler und Adrian Steinbrecher von Respondi für die her-

sen – und der damit einhergehenden Empfindung einer mangelnden Fairness bei der Studienplatzvergabe – bemängeln viele auch, dass es wegen der bundeslandspezifischen Regularien für Familien mit schulpflichtigen Kindern oft schwer ist, in ein anderes Bundesland umzuziehen. Aufgrund der fehlenden bundesweiten Zuständigkeit kommt zudem die Funktion der nationalen Medien, neben der Diskussion gesellschaftlich wichtiger Herausforderungen auch politische Verantwortlichkeit einzufordern, bei Bildungsthemen häufig weniger zum Tragen als in anderen Themenbereichen. Dies erschwert es den Wähler*innen, gemeinsame bildungspolitische Forderungen bundesweit zu koordinieren und geltend zu machen. Besonders deutlich wurde die Uneinheitlichkeit des Bildungssystems beim Umgang mit der Coronakrise, in der die unterschiedlichen Regelungen der Länder und das zum Teil unkoordiniert erscheinende Vorgehen der Kultusminister*innen bei den Schulschließungen wiederholt kritisiert wurden.

Andererseits birgt die föderale Organisation der Bildungspolitik auch Chancen. Landespolitiker können in ihren Bundesländern gezielt spezifische Probleme adressieren und passgenauere Lösungen für

regionale Herausforderungen konzipieren. Gleichzeitig erlaubt die dezentrale Entscheidungskompetenz der Bundesländer, dass unterschiedliche Lösungswege für bildungspolitische Ziele – wie die Verringerung des Fachkräftemangels oder der Bildungsungleichheit – erprobt werden können. Konzepte, die sich in einem Bundesland als erfolgreich erweisen, können anschließend von anderen Ländern übernommen werden. Die Wähler*innen können die Bildungspolitik ihres Landes innerhalb Deutschlands vergleichen und diese Information in die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen einfließen lassen. Bei Vergleichbarkeit der erzielten Ergebnisse entsteht so ein Wettbewerb der Ideen anhand von Vergleichsmaßstäben, der Politiker*innen Anreize bietet, in ihrem Bundesland erfolgreiche Bildungspolitik umzusetzen.² In Deutschland sind die Möglichkeiten für Bundesländervergleiche von Schülerleistungsdaten allerdings beschränkt, so dass die Potenziale eines bildungspolitischen Systemwettbewerbs

² Dieses Konzept der sogenannten Yardstick Competition (Shleifer 1985) wurde in der ökonomischen Forschung von Besley und Case (1995) auf die Situation der Gebietskörperschaften übertragen. Bereits Oates (1972) wies in seiner klassischen Theorie des Fiskalföderalismus darauf hin, dass Dezentralisierung dann förderlich ist, wenn Gebietskörperschaften voneinander lernen können.

METHODIK DER BEFRAGUNG

Die Befragung für das ifo Bildungsbarometer 2020 wurde durch das Befragungsinstitut Respondi vom 3. Juni bis zum 1. Juli 2020 unter 10 338 Erwachsenen zwischen 18 und 69 Jahren durchgeführt. Die Stichprobe wurde mit Hilfe sogenannter »Online-Access-Panels« gezogen. Eine ausführliche Analyse der Befragungsmodi in einer früheren Welle des ifo Bildungsbarometers hat ergeben, dass Online-Befragungen prinzipiell ein repräsentatives Meinungsbild der deutschen Gesamtbevölkerung zu bildungspolitischen Themen abbilden können (vgl. Grewenig et al. 2018). Zur Sicherstellung der Repräsentativität wurde die Stichprobe nach festgelegten Quoten gezogen und unter Bezugnahme auf die amtliche Statistik für die deutsche Bevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Erwerbsstatus gewichtet.

Wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich statistisch berechnen. Der Fehlerbereich liegt aufgrund der großen Beobachtungszahl bei Fragen, die der gesamten Stichprobe von mehr als 10 000 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 0,5 und 1 Prozentpunkten. Zum Beispiel läge bei einer Frage, der 50% der Befragten zustimmen, der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 49% und 51%. Um ein möglichst breites Fra-

genspektrum abdecken zu können, wurden viele der hier berichteten Fragen jeweils zufällig ausgewählten Teilgruppen gestellt. In den kleineren Teilgruppen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von 1 000 Befragten beantwortet werden.

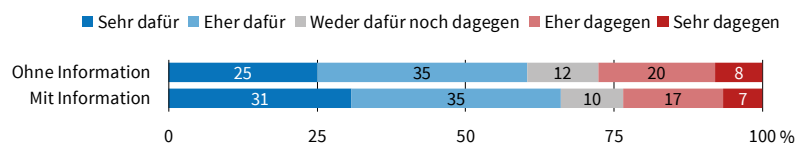
Teilnehmer*innen, die einzelne Fragen nicht beantwortet haben, werden in den Ergebnissen für diese Fragen nicht berücksichtigt. Dies kommt bei den hier berichteten Meinungsfragen allerdings äußerst selten vor: Bei keiner Frage liegt der Anteil der fehlenden Antworten über 1%. Der Übersichtlichkeit halber zeigen wir die Antwortkategorien bei allen Fragen in ihrer natürlichen Reihung, also beispielsweise »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen«. Um einer möglichen Tendenz der Befragten zur mittleren Kategorie entgegenzuwirken, wurde die neutrale Kategorie in der Befragung aber jeweils als letzte Möglichkeit genannt.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

Abb. 1

Sollen wichtige Bildungsentscheidungen vom Bund getroffen werden?

Deutliche Mehrheit für zentrale Bildungsentscheidungen auf Bundesebene



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Ohne Information In Deutschland werden die wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen jeweils von den Bundesländern getroffen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass bildungspolitische Entscheidungen stattdessen grundsätzlich von der Bundesregierung getroffen werden?

Mit Information In Deutschland werden die wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen jeweils von den Bundesländern getroffen. Deshalb gibt es zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung der Schulsysteme (z.B. bei den Lehrplänen, Schulformen oder Abschlussprüfungen). Sind Sie dafür oder dagegen, dass bildungspolitische Entscheidungen stattdessen grundsätzlich von der Bundesregierung getroffen werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

nicht ausgeschöpft werden (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016). Die positiven Wirkungen extern vergleichender Prüfungen und insbesondere zentraler Abschlussprüfungen auf die erzielten Schülerleistungen wurden in der Forschung vielfach belegt (vgl. Bergbauer, Hanushek und Wößmann 2018; Wößmann 2018).

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir in diesem Beitrag die Meinung der deutschen Bevölkerung zu Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im deutschen Bildungssystem. Dazu beleuchten wir die drei Teilaspekte von Zuständigkeit, Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit: Welche staatliche Ebene sollte für Bildung in Deutschland zuständig sein? Sollten Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Bildungssystems beschlossen werden? Und welche Maßnahmen zur verbesserten Vergleichbarkeit im Bildungssystem werden unterstützt? Auf die Klärung dieser Fragen hat das diesjährige ifo Bildungsbarometer seinen Schwerpunkt gelegt.

DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2020

Das ifo Bildungsbarometer ist eine jährliche Befragung der deutschen erwachsenen Bevölkerung, die sich mit der Meinung der Deutschen zu verschiedenen bildungspolitischen Themen beschäftigt.³ Für das ifo Bildungsbarometer 2020 wurde im Juni eine repräsentative Stichprobe von mehr als 10 000 Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren befragt (siehe Kasten »Methodik der Befragung« für methodische Details). Das ifo Bildungsbarometer hat ein positives Erkenntnisinteresse und ist Teil eines Forschungsprogramms, das untersucht, inwieweit öffentliche Meinungen im Einklang mit politischem Bewusstsein und empirischen Erkenntnissen stehen. So geht es zumeist darum, welche bildungspolitischen Maßnahmen mehrheitsfähig sind. Dabei wird

³ Die Befragung des ifo Bildungsbarometers fand 2020 zum siebten Mal statt. Die Ergebnisse der bisherigen Umfragen sind in Wößmann et al. (2019) und den dort zitierten früheren Beiträgen sowie unter www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer dokumentiert.

die Frage, wie Bildungspolitik aus wissenschaftlicher Sicht gestaltet werden sollte, um die Bildungsleistungen der Schüler*innen zu verbessern, bewusst nicht behandelt.

Bei einigen Fragen werden sogenannte »Survey-Experimente« durchgeführt. Hierbei werden beispielsweise einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten zusätzliche Informationen bereitgestellt, bevor sie dieselbe Frage beantwortet wie andere Teilnehmer*innen, die diese Informationen nicht erhalten haben. Dadurch ist es möglich herauszufinden, inwieweit die Informationen das Antwortverhalten der Befragten verändern. Die so gewonnenen Erkenntnisse sind in Hinblick auf die politische Umsetzbarkeit von Bildungsmaßnahmen interessant, weil sie aufzeigen, welche Informationen die öffentliche Meinung zu einem Thema beeinflussen.

In diesem Jahr beschäftigt sich das ifo Bildungsbarometer schwerpunktmäßig mit Themen des Föderalismus in der Bildungspolitik. Zudem wurden mit der Coronakrise verbundene Bildungsthemen untersucht, über die in einem separaten Beitrag ausführlich berichtet wird (vgl. Wößmann et al. 2020).

WER SOLLTE FÜR DIE BILDUNGSPOLITIK ZUSTÄNDIG SEIN?

In Deutschland werden die wichtigsten bildungspolitischen Entscheidungen in der Regel von den einzelnen Bundesländern getroffen. Insgesamt steht die deutsche Bevölkerung dieser föderalen Organisation kritisch gegenüber: 60% der Befragten befürworten (sehr oder eher), dass bildungspolitische Entscheidungen stattdessen grundsätzlich von der Bundesregierung getroffen werden, 28% sprechen sich (sehr oder eher) dagegen aus (vgl. Abb. 1).

Eine zufällig ausgewählte Teilgruppe der Befragten wurde vor Beantwortung dieser Frage darauf hingewiesen, dass es zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung der Schulsysteme – z.B. bei den Lehrplänen, Schulformen oder Abschlussprüfungen – gibt. In dieser Teilgruppe sprechen sich sogar 66% dafür aus, dass die Bundesregierung über die Bildungspolitik entscheidet, 23% sind dagegen.

Differenziert man nach den verschiedenen Bildungsbereichen – Kindertagesbetreuung, Schulen und Hochschulen –, so zeigen sich Unterschiede für die gewünschte Rollenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen.⁴ 50% der Deutschen sind der Meinung, dass für die Kindertagesbetreuung (wie Kindergärten oder Kinderkrippen) vor allem die Gemeinden zuständig sein sollten (vgl. Abb. 2). 30% bzw. 19%

⁴ Obwohl Bildung grundsätzlich Ländersache ist, sind gewisse Zuständigkeiten auf Bundes- oder Gemeindeebene angesiedelt. So legt etwa im frühkindlichen Bereich der Bund die gesetzlichen Rahmenbedingungen fest, und die Gemeinden sind für die konkrete Ausgestaltung zuständig. Der Bund spielt auch im Hochschulbereich eine Rolle, zum Beispiel im Rahmen der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) oder in der Exzellenzstrategie.

sprechen sich für eine vorrangige Zuständigkeit von Ländern bzw. Bund aus.⁵ Deutlich mehr Bundesverantwortung wünschen sich die Befragten im Schul- und Hochschulbereich: Während 48% für die derzeit bestehende Länderzuständigkeit für allgemeinbildende und berufliche Schulen sind, sind 42% bzw. 10% für eine Zuständigkeit des Bundes bzw. der Gemeinden. Bei den Hochschulen spricht sich sogar eine knappe Mehrheit von 53% für eine Bundeszuständigkeit aus, 41% bzw. 6% sind für eine Zuständigkeit der Länder bzw. Gemeinden. Relativ große Teile der Bevölkerung sprechen sich also für eine Verlagerung der derzeitigen Zuständigkeiten aus, vor allem in Richtung Bund.

Eine weitere zentrale Frage im föderalen Bildungssystem besteht darin, welche staatliche Ebene für die Finanzierung zuständig sein sollte. Die Bildungshoheit der Bundesländer spiegelt sich auch in der Bildungsfinanzierung wider (vgl. Statistisches Bundesamt 2019). So tragen diese derzeit mit 81% den größten Teil der Kosten für allgemeinbildende und berufliche Schulen, der Rest (19%) wird von den Gemeinden getragen (vgl. Abb. 3). Ähnlich hoch ist der Finanzierungsanteil der Länder im Hochschulbereich mit 83%, die restlichen 17% werden vom Bund getragen. Der frühkindliche Bereich wird zu ähnlichen Teilen von Gemeinden (51%) und den Ländern (48%) finanziert.

Um zu untersuchen, wie gut die Deutschen über diese Finanzierungsstruktur informiert sind, haben wir die Befragten gebeten, die Anteile der verschiedenen staatlichen Ebenen zu schätzen. In allen Bildungsbereichen wird die Rolle des Bundes mit 26%–36% Finanzierungsanteil überschätzt und die Rolle der Länder mit 34%–45% unterschätzt.⁶ Der Gemeindeanteil der Finanzierung wird in der Kindertagesbetreuung unterschätzt (41%) und im Schul- und Hochschulbereich überschätzt (29% bzw. 19%).

Danach gefragt, welche Finanzierungsanteile von den verschiedenen Ebenen kommen sollten, befürworten die Deutschen im Vergleich zur derzeitigen Situation ein deutlich höheres Engagement des Bundes. So sollten nach Meinung der Befragten 38%, 41% bzw. 49% der Finanzierung für Kindertagesbetreuung, Schulen bzw. Hochschulen vom Bund kommen. Geringere Finanzierung wünschen sich die Deutschen hingegen von den Ländern (34%, 38% bzw. 35%). Die Gemeinden sollten mit 28% weniger Finanzungsverantwortung in der Kindertagesbetreuung übernehmen, mit 16% aber mehr im Hochschulbereich. Obwohl die Deutschen also nicht besonders gut über die tatsächlichen Finanzierungsanteile informiert sind, zeichnet sich auch hier eine deutliche Forderung nach einem größeren Bundesengagement ab.

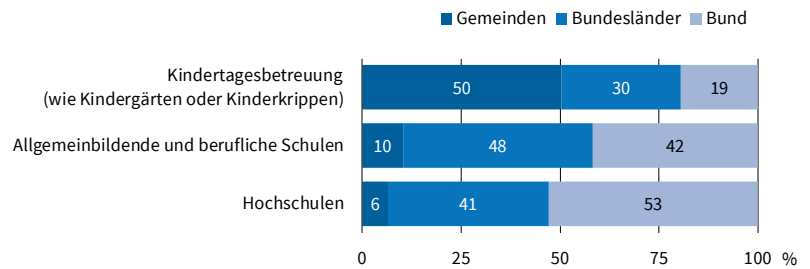
⁵ In einer weiteren Frage geben 81% der Befragten an, dass sie für verbindliche Qualitätsstandards für frühkindliche Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) sind, die Standards beispielsweise für die Ausbildung von Erzieher*innen und die Gruppengröße bundesweit einheitlich regeln; nur 9% sind dagegen.

⁶ In diesen Analysen beachten wir nur diejenigen Befragten, deren Antworten sich korrekt auf 100% summieren.

Abb. 2

Wer sollte für die verschiedenen Bildungsbereiche zuständig sein?

Die Deutschen wünschen sich mehr Zuständigkeit vom Bund, ganz besonders bei den Hochschulen



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Welche staatliche Ebene sollte Ihrer Meinung nach vor allem für die verschiedenen Bildungsbereiche zuständig sein?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

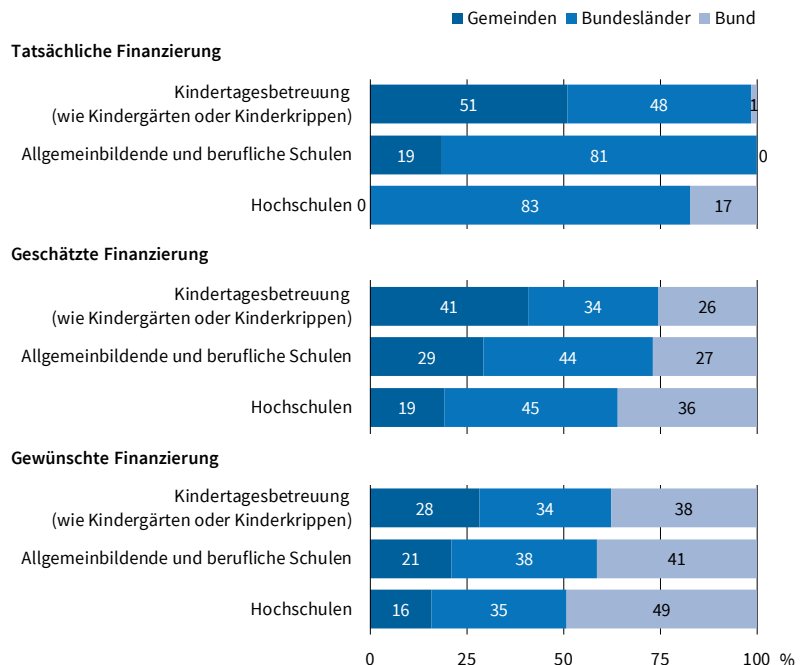
© ifo Institut

Darüber hinaus haben wir erfragt, ob Bund, Länder, Gemeinden oder die einzelnen Schulen für verschiedene konkrete Aufgabenbereiche im Schulsystem zuständig sein sollten. Die Festlegung von Rahmenbedingungen etwa in Bezug auf den Inhalt der Lehrpläne, die Überprüfung des Erreichens der Lernziele und die Auswahl des Fächerangebots und der Lehrbücher sollte laut den Befragten bevorzugt auf Bundes- (37%–50%) oder Länderebene (26%–29%) erfolgen (vgl. Abb. 4). Gemischter ist die Meinung zum Schulbudget: 14% bzw. 28% meinen, dass das Budget

Abb. 3

Was denken die Deutschen über die Finanzierung der einzelnen Bildungsbereiche?

Bundesanteil wird überschätzt, deutlicher Wunsch nach mehr Bundesfinanzierung



Tatsächliche Finanzierung:

Tatsächlicher Finanzierungsanteil der verschiedenen staatlichen Ebenen für die genannten Bildungsbereiche.

Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Was schätzen Sie, welcher Anteil der öffentlichen Finanzierung für die folgenden Bildungsbereiche kommt derzeit von den verschiedenen staatlichen Ebenen in Deutschland?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Und welcher Anteil der öffentlichen Finanzierung für die folgenden Bildungsbereiche sollte Ihrer Meinung nach von den verschiedenen staatlichen Ebenen kommen?

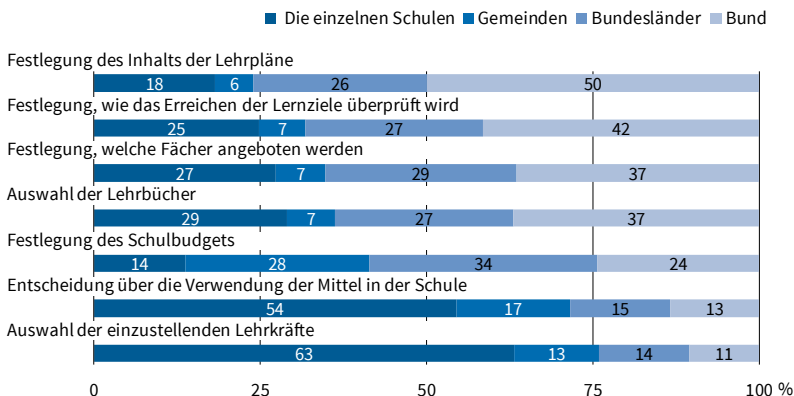
Quelle: Statistisches Bundesamt 2019; ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

Abb. 4

Wer sollte für verschiedene Aufgaben im Schulsystem zuständig sein?

Mehrheiten für Schulautonomie bei Auswahl der Lehrkräfte und Verwendung der Mittel, bei Rahmenregelungen größte Zustimmung für den Bund



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Wer sollte Ihrer Meinung nach vor allem für die folgenden Aufgabenbereiche im Schulsystem zuständig sein?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

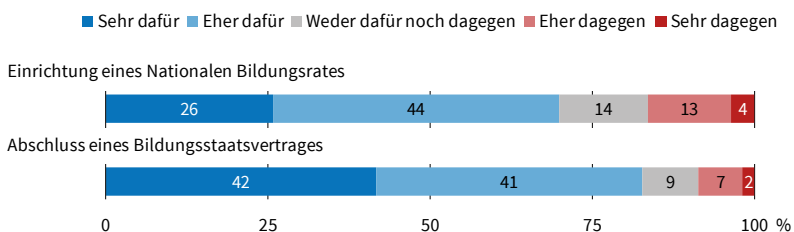
von den einzelnen Schulen bzw. den Gemeinden festgelegt werden sollte, für 34% bzw. 24% sollte diese Entscheidung hingegen auf Länder- bzw. Bundesebene getroffen werden.

Im Gegensatz dazu spricht sich eine Mehrheit von 54% dafür aus, dass die operativen Entscheidungen über die Verwendung der Mittel von den einzelnen Schulen getroffen werden sollten. Noch stärker ist der Wunsch nach Schulautonomie bei der Auswahl der Lehrkräfte: 63% der Deutschen sprechen sich dafür aus, dass die Schulen für die Auswahl der einzustellenden Lehrkräfte zuständig sein sollten. Insgesamt wird die Zuständigkeit für Rahmenregelungen also tendenziell beim Bund gesehen, die Zuständigkeit für operative Entscheidungen bei den einzelnen Schulen. Die Länderzuständigkeit erreicht hingegen bei keinem der genannten Aufgabenbereiche eine Mehrheit.

Abb. 5

Wie stehen die Deutschen zu Nationalem Bildungsrat und Bildungsstaatsvertrag?

Große Mehrheiten für beide Initiativen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Bildung ist in Deutschland Ländersache. Um die Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Bildungssysteme der verschiedenen Bundesländer zu erhöhen, wird über die Einrichtung eines »Nationalen Bildungsrates« diskutiert. Der Nationale Bildungsrat soll sich aus Vertretern von Wissenschaft, Praxis und Politik zusammensetzen und für alle Bundesländer nicht-verbindliche Empfehlungen erarbeiten. Sind Sie dafür oder dagegen, dass ein Nationaler Bildungsrat eingerichtet wird?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Bildung ist in Deutschland Ländersache. Um die Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Bildungssysteme der verschiedenen Bundesländer zu erhöhen, wird über den Abschluss eines »Bildungsstaatsvertrages« diskutiert. Der Bildungsstaatsvertrag soll von den Bundesländern gemeinsam beschlossen werden und für alle Bundesländer verbindliche Vorgaben enthalten. Sind Sie dafür oder dagegen, dass ein Bildungsstaatsvertrag abgeschlossen wird?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

IST EINE VEREINHEITLICHUNG DES DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEMS MEHRHEITSFÄHIG?

Als nächstes gehen wir der Frage nach, ob politische Initiativen zu stärkerer Vereinheitlichung des Bildungssystems von Mehrheiten der deutschen Bevölkerung unterstützt werden. Zwei solcher Vorhaben wurden in letzter Zeit explizit verfolgt. Eines ist die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates, den die Regierungsparteien im Bund in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hatten. Der Nationale Bildungsrat sollte sich aus Vertretern von Wissenschaft, Praxis, Bundes- und Landespolitik zusammensetzen und nicht-verbindliche Empfehlungen für die Bundesländer erarbeiten. Schlussendlich wurde dieses Vorhaben von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg zu Fall gebracht. Allerdings wäre dieses Vorhaben in der deutschen Bevölkerung durchaus mehrheitsfähig: 70% der Befragten sprechen sich (sehr oder eher) für die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates aus, nur 16% sind (sehr oder eher) dagegen (vgl. Abb. 5).

Eine weitere Initiative auf Ebene der Länder ist der Abschluss eines Bildungsstaatsvertrages, der von allen Bundesländern gemeinsam beschlossen werden und für alle Länder verbindliche Vorgaben enthalten soll. Derzeit arbeitet die Kultusministerkonferenz (KMK) an einem Entwurf zu solch einem gemeinsamen Bildungsabkommen, wobei derzeit nicht klar ist, ob dieses die Form eines Staatsvertrages oder einer Ländervereinbarung haben soll. Ein Bildungsstaatsvertrag mit verbindlichen Vorgaben für mehr Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Bildungssysteme der Bundesländer trifft unter den Deutschen auf sehr breite Zustimmung: 83% sprechen sich dafür aus, 42% sind sogar »sehr dafür«; nur 9% sind dagegen.⁷

Wir haben die Teilnehmer*innen auch zu verschiedenen Initiativen zur Vereinheitlichung des Schulsystems befragt. Zurzeit bestimmt im föderalen System jedes Bundesland souverän darüber, wie es seine Lehrkräfte ausbildet. Dies hat zur Folge, dass viele Lehrkräfte bei der Wahl ihrer Arbeitsstelle relativ immobil sind, da ihre Qualifikationen in anderen Bundesländern häufig nicht anerkannt werden. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen die derzeitige Regelung aus: 85% sind dafür, dass die Lehrer*innenausbildungen aller Bundesländer in den anderen Bundesländern automatisch vollwertig anerkannt werden, 8% sind dagegen (vgl. Abb. 6). Sogar 90% befürworten, dass die Lehrer*innenausbildung in allen Bundesländern vereinheitlicht wird, nur 5% sind dagegen.

Die Bildungshoheit der Länder findet ihre rechtliche Grundlage im Grundgesetz. Das sogenannte »Kooperationsverbot« untersagt dem Bund bildungs-

⁷ In weiteren Fragen geben 73% bzw. 83% der Befragten an, dass sie einen Nationalen Bildungsrat bzw. einen Bildungsstaatsvertrag für sehr oder eher geeignet halten, um die Vergleichbarkeit und Einheitlichkeit der Bildungssysteme der verschiedenen Bundesländer zu erhöhen; 17% bzw. 9% halten die beiden Vorschläge dazu für sehr oder eher ungeeignet.

politische Initiativen sowie Finanzhilfen im Bildungsbereich. Vor einiger Zeit wurde das Kooperationsverbot für Teilbereiche des Bildungssystems gelockert. Knapp drei Viertel der Deutschen (73%) sprechen sich dafür aus, das Kooperationsverbot im Schulbereich aufzuheben, nur 15% sind dagegen.

Auch bei den Regelungen zu den Sommerferienzeiten macht sich das föderale Bildungssystem bemerkbar. Damit nicht alle Schüler*innen gleichzeitig in die Sommerferien starten, beginnen die Ferien nach Bundesländern gestaffelt. Während sich die meisten Länder damit abwechseln, wo die Sommerferien besonders früh beginnen, beginnen sie in einigen Ländern immer zur gleichen Zeit. Die meisten Deutschen (63%) sprechen sich dafür aus, dass sich alle Bundesländer beim Sommerferienbeginn abwechseln, 23% sind dagegen. Eine komplette Gleichschaltung der Ferien trifft hingegen auf Ablehnung: 64% sprechen sich dagegen aus, dass deutschlandweit einheitliche Sommerferien eingeführt werden, die in allen Bundesländern zur gleichen Zeit stattfinden, nur 28% sind dafür.

Insgesamt zeigt sich eine breite Zustimmung zu mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungssystem. Es finden sich nicht nur klare Mehrheiten für groß angelegte Initiativen wie den Nationalen Bildungsrat oder den Bildungsstaatsvertrag, sondern auch für speziellere Maßnahmen wie die Vereinheitlichung der Lehrer*innenausbildung oder die Koordination der Sommerferien.

SIND DIE DEUTSCHEN FÜR MEHR VERGLEICHBARKEIT IM BILDUNGSSYSTEM?

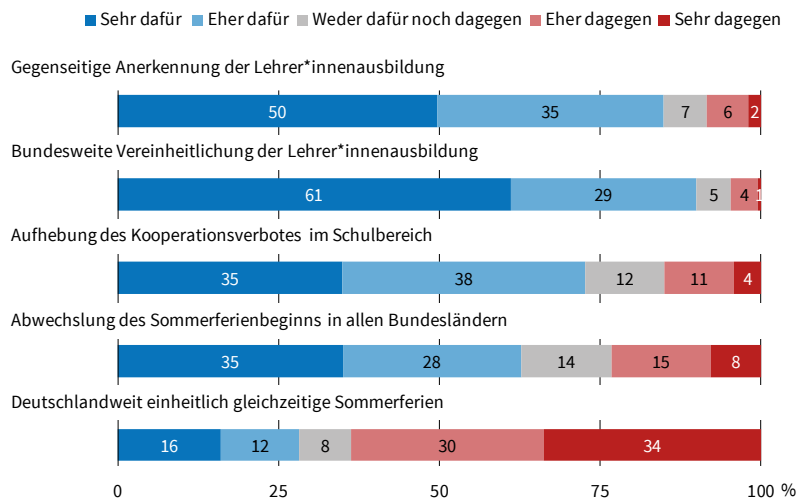
Um die Vorteile des föderalen Bildungssystems für Qualitätsverbesserungen im Wettbewerb der Systeme nutzen zu können, müssen die erzielten Schülerleistungen zwischen den Bundesländern und über die Zeit vergleichbar sein. Während regelmäßige Vergleichstests in anderen Ländern (z.B. Großbritannien oder USA) zur qualitätsorientierten Weiterentwicklung der Bildungssysteme genutzt werden, kommen hierzu lande Vergleiche von Schülerleistungen zwischen den Bundesländern nur sehr zögerlich voran. Unregelmäßige Durchführungen von Vergleichstests,⁸ erschwelter Datenzugang und wenig koordinierte Prüfungssysteme führen dazu, dass die verfügbaren Informationen für qualifizierte Vergleiche der Bildungspolitik in den einzelnen Ländern oft kaum nutzbar sind (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016).

⁸ Während Zusatzstichproben zum internationalen PISA-Test (PISA-E) von 2000 bis 2006 vergleichende Bundeslandanalysen für Deutschland ermöglicht hatten, sind derartige Vergleiche seitdem nicht mehr möglich. Stattdessen werden seit 2008/2009 andere Schülervergleichstests in der Grundschule (alle fünf Jahre) und in der Sekundarstufe I (alle drei Jahre, allerdings mit wechselnder fachlicher Ausrichtung auf Sprachen bzw. Mathematik/Naturwissenschaften) durchgeführt. Neben dem sich daraus ergebenden Strukturbruch schränkt auch der sehr große zeitliche Abstand zwischen den Erhebungswellen das Analysepotenzial dieser Daten deutlich ein.

Abb. 6

Welche Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Schulsystems befürworten die Deutschen?

Deutliche Mehrheit für einheitliche Ausbildung der Lehrer*innen, gegen gleichzeitige Sommerferien



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Die Lehrer*innenausbildung ist Sache der Bundesländer. Für viele Lehrkräfte ist der Wechsel in ein anderes Bundesland schwierig, weil ihre Qualifikation häufig nicht anerkannt wird. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Lehrer*innenausbildungen aller Bundesländer in den anderen Bundesländern automatisch vollwertig anerkannt werden?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Die Lehrer*innenausbildung ist Sache der Bundesländer. Für viele Lehrkräfte ist der Wechsel in ein anderes Bundesland schwierig, weil ihre Qualifikation häufig nicht anerkannt wird. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Lehrer*innenausbildung in allen Bundesländern vereinheitlicht wird?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Laut Grundgesetz ist Bildung in Deutschland Ländersache. Dem Bund sind bildungspolitische Initiativen sowie Finanzhilfen im Bildungsbereich untersagt. Diese oft als »Kooperationsverbot« bezeichnete Regelung wurde vor einiger Zeit für den Hochschulbereich aufgehoben. Sind Sie dafür oder dagegen, dass das Kooperationsverbot auch im Schulbereich aufgehoben wird?

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Derzeit wechseln sich die meisten Bundesländer damit ab, wo die Sommerferien besonders früh beginnen, während in einigen Bundesländern die Ferien immer zur gleichen Zeit beginnen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass sich alle Bundesländer beim Sommerferienbeginn abwechseln?

Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass deutschlandweit einheitliche Sommerferien eingeführt werden, die in allen Bundesländern zur gleichen Zeit stattfinden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

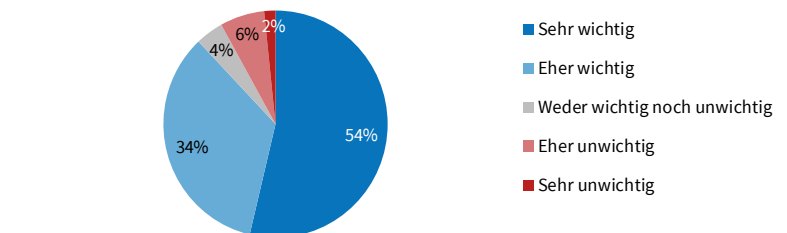
© ifo Institut

Im Gegensatz zu dieser Praxis findet es eine überwältigende Mehrheit von 88% der Deutschen wichtig, dass Schülerleistungen zwischen den Bundesländern vergleichbar sind (vgl. Abb. 7). Eine Mehrheit von 54% findet die Vergleichbarkeit der Schülerleistungen zwischen den Bundesländern sogar »sehr wichtig«.

Abb. 7

Wie wichtig sind den Deutschen vergleichbare Schülerleistungen zwischen Bundesländern?

Fast alle finden Vergleichbarkeit wichtig, die Mehrheit sogar »sehr wichtig«



Frage:

Für wie wichtig halten Sie es, dass Schülerleistungen zwischen den Bundesländern vergleichbar sind?

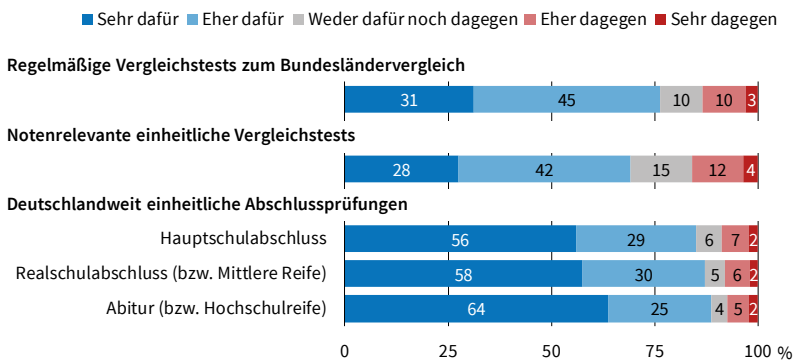
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

Abb. 8

Welche Maßnahmen zur besseren Vergleichbarkeit befürworten die Deutschen?

Klare Mehrheiten für regelmäßige Vergleichstests und einheitliche Abschlussprüfungen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie für oder gegen folgenden Reformvorschlag: Es werden deutschlandweit einheitliche Schülervergleichstests in Mathematik und Deutsch in allen Schulformen eingeführt, die ab der 5. Klasse alle zwei Jahre regelmäßig stattfinden. Die Durchschnittsergebnisse pro Bundesland werden veröffentlicht, um die Schülerleistungen der Bundesländer miteinander zu vergleichen. Ich bin ...

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass jeweils eine Klassenarbeit (Schulaufgabe) in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – zum Beispiel in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest ersetzt wird, der bei allen Schüler*innen in die Schulnote einfließt?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass bei folgenden Schulabschlüssen deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

Dementsprechend befürworten große Teile der Bevölkerung Reformvorschläge zur Erhöhung der Vergleichbarkeit. Zunächst haben wir die Meinung zu dem Vorschlag erfragt, in allen Schulformen deutschlandweit einheitliche Schülervergleichstests in Mathematik und Deutsch einzuführen. Die vorgeschlagenen Tests sollen ab der 5. Klasse alle zwei Jahre regelmäßig stattfinden und die Durchschnittsergebnisse pro Bundesland zu Vergleichszwecken veröffentlicht werden. Nicht weniger als 76% sind für diesen Reformvorschlag, nur 13% sind dagegen (vgl. Abb. 8).

Auch einheitliche Vergleichstests, die in die Schulnoten einfließen, werden mehrheitlich unterstützt. 69% der Befragten befürworten den Vorschlag, dass eine Klassenarbeit in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen (z.B. in der 3., 7. und 10. Klasse) durch deutschlandweit einheitliche und notenrelevante Vergleichstests ersetzt wird. Nur 16% der Befragten sprechen sich dagegen aus.

Neben der Einführung neuer Schülerleistungstests kann die Vergleichbarkeit im Bildungssystem auch verbessert werden, indem man bestehende Abschlussprüfungen vereinheitlicht. Überwältigende Mehrheiten von 85%–89% sind dafür, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Haupt- und Realschulabschluss sowie im Abitur einzuführen, nur 7%–9% sind dagegen. In allen drei Fällen spricht sich eine absolute Mehrheit sogar »sehr dafür« aus.

Aufgrund von rahmengesetzlichen Regelungen lassen Universitäten derzeit die Abiturnoten, die in den verschiedenen Bundesländern auf unterschiedlichen Prüfungsleistungen beruhen, gleichwertig in ihre Zulassungsentscheidungen für Studiengänge einfließen. Nicht zuletzt deshalb werden Maßnah-

men zur besseren Vergleichbarkeit der gymnasialen Oberstufe besonders intensiv diskutiert. Auch in diesem Bereich sprechen sich große Mehrheiten für mehr Vergleichbarkeit aus. So sind 88% für die Einführung deutschlandweit einheitlicher Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe, nur 5% sind dagegen (vgl. Abb. 9).

In einigen Abiturfächern gibt es seit einigen Jahren einen gemeinsamen Aufgabenpool der Bundesländer. Jedes Land kann frei entscheiden, ob und welche Abituraufgaben es aus dem Pool verwendet. Die Deutschen sprechen sich deutlich für eine strengere Regelung zur Nutzung des gemeinsamen Aufgabenpools aus: Im Gegensatz zur derzeitigen freiwilligen Regelung sind 80% dafür, dass die Bundesländer dazu verpflichtet werden, einen Teil der Abituraufgaben deutschlandweit einheitlich zu stellen, nur 11% sind dagegen.

Ein weiterer Vorschlag zur größeren Vergleichbarkeit der Abiturleistungen ist das sogenannte »Gemeinsame Kernabitur«. Dieses sieht vor, dass in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch Prüfungsbestandteile von allen Bundesländern gemeinsam durchgeführt werden (vgl. Aktionsrat Bildung 2011). 83% der Deutschen befürworten ein Gemeinsames Kernabitur, bei dem 30% der Abituraufgaben in den Kernfächern deutschlandweit einheitlich gestellt werden, fast die Hälfte (47%) ist sogar »sehr dafür«. Die Zustimmung fällt ähnlich hoch aus, wenn der Anteil der einheitlich gestellten Prüfungsaufgaben 70% ausmacht (84% dafür, 7% dagegen). Eine Teilgruppe der Befragten wurde vor Beantwortung derselben Frage darüber informiert, dass Studien gezeigt haben, dass selbst bei gleichen Noten die Abiturient*innen in manchen Bundesländern deutlich mehr wissen als in anderen und dass Universitäten gleichzeitig bei der Studienplatzvergabe die Abiturnoten aus allen Bundesländern gleich werten müssen. In der so informierten Teilgruppe sprechen sich sogar 87% für ein Gemeinsames Kernabitur aus, eine absolute Mehrheit von 55% ist »sehr dafür«.

Deutlich weiter geht der Vorschlag, ein bundesweites Zentralabitur einzuführen, das in allen Bundesländern identisch gestellt wird. Obwohl eine derartige Zentralisierung den Raum für Flexibilität der einzelnen Bundesländer stark einschränken würde, sprechen sich 82% der Befragten für ein deutschlandweit einheitliches Zentralabitur aus, das sich am durchschnittlichen Abiturniveau aller Bundesländer orientiert. Nur 11% sind gegen diesen Vorschlag. Auch ein Zentralabitur, das sich nicht am durchschnittlichen, sondern am anspruchsvollsten Abiturniveau aller Bundesländer orientiert, findet mit 77% sehr breite Zustimmung; nur 13% sind dagegen.

Schließlich haben wir auch erhoben, wie zufrieden die Deutschen mit der Bildungspolitik ihres jeweiligen Bundeslandes sind. Abbildung 10 stellt die Antworten in drei Ländergruppen dar, die sich in den Bildungsleistungen ihrer Schüler*innen un-

terscheiden. Die Länder in Gruppe 1 weisen laut einer aktuellen Bildungsstudie zu den Mathematikleistungen in der 9. Jahrgangsstufe, dem IQB-Bildungstrend 2018, überdurchschnittliche Schülerleistungen auf. Ländergruppe 2 liegt im Mittelfeld, und Länder in Gruppe 3 haben in der Bildungsstudie unterdurchschnittlich abgeschnitten.⁹ Es zeigt sich deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik stark mit den Bildungsleistungen in dem jeweiligen Bundesland zusammenhängt: Während in Ländergruppe 1 über die Hälfte (58%) sehr oder eher zufrieden ist, sind es in den Ländergruppen 2 und 3 nur 43% bzw. 40%. Demgegenüber sind in Ländergruppe 1 34%, in den Ländergruppen 2 und 3 48% bzw. 50% sehr oder eher unzufrieden mit der Bildungspolitik in ihrem Bundesland.

Eine Teilgruppe der Befragten haben wir vor Beantwortung derselben Frage darüber informiert, welchen Platz die Schüler*innen ihres Bundeslandes bei der Bildungsstudie belegt haben. In der so informierten Teilgruppe ist das Meinungsbild deutlich polarisierter: Die Zufriedenheit in Ländergruppe 1 ist mit 82% deutlich höher als ohne Information. Auch in Ländergruppe 2 steigt die Zufriedenheit deutlich auf 60% an. Umgekehrt verringert die Informationsbereitstellung die Zufriedenheit in Ländergruppe 3 auf 24%. In dieser Ländergruppe ist eine klare Mehrheit von 68% mit der Bildungspolitik in ihrem Bundesland unzufrieden, wenn sie über die Lernergebnisse der Schüler*innen informiert wurde. Diese starken Auswirkungen von vergleichenden Informationen über Schülerleistungen auf die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik könnten ein Grund dafür sein, warum manche Bildungspolitiker*innen Ländervergleichen ablehnend gegenüberstehen. Doch genau diese informierten Wählermeinungen schaffen für Bundesländer mit schlechteren Schülerleistungen Anreize, ihre Bildungssysteme auf den Prüfstand zu stellen und zu verbessern. Da gute Bildung ein wesentlicher Faktor für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen und für den wirtschaftlichen Wohlstand der Gesellschaft insgesamt ist, könnten von einer erhöhten Vergleichbarkeit im Bildungssystem letztlich alle profitieren – allen voran die Schüler*innen in Bildungssystemen mit schwächeren Leistungen.

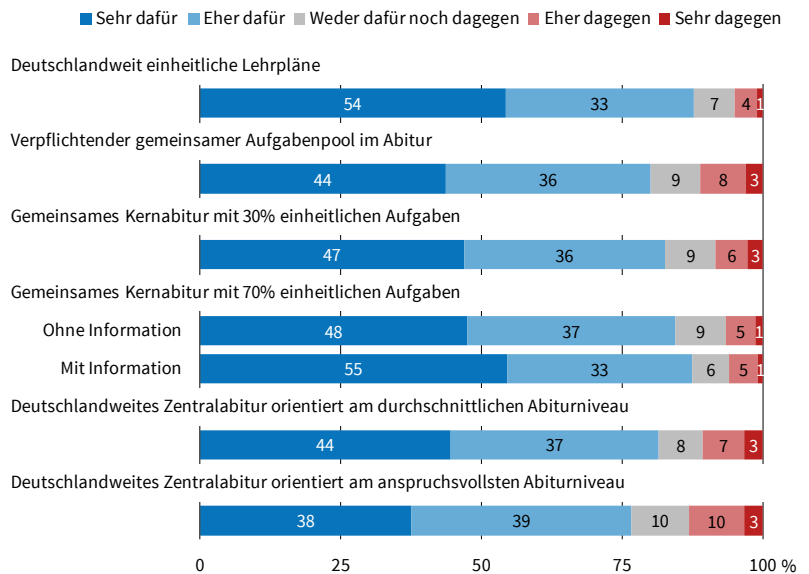
ZUSAMMENFASSUNG

Dass Bildung Ländersache ist, führt regelmäßig zu Diskussionen über fehlende Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im deutschen Bildungssystem. Mit Verweis auf ihre grundgesetzlich verankerte Kultushoheit lehnen viele Bundesländer mögliche Eingriffe des Bundes in das Bildungssystem zumeist ab. Auch Bestrebungen

⁹ Ländergruppe 1: Sachsen, Bayern und Thüringen; Ländergruppe 2: Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen; Ländergruppe 3: Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Berlin und Bremen (vgl. Mahler und Kölm 2019).

Abb. 9

Wie sollte bessere Vergleichbarkeit in der gymnasialen Oberstufe erreicht werden?
Deutsche Zustimmung zu Vereinheitlichung der Lehrpläne und Abiturprüfungen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie dafür oder dagegen, dass deutschlandweit einheitliche Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe eingeführt werden?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Für einige Abiturfächer gibt es derzeit einen »gemeinsamen Aufgabenpool«. Jedes Bundesland kann frei entscheiden, ob und welche Abituraufgaben es aus dem Pool verwendet. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Bundesländer stattdessen verpflichtet werden, einen Teil der Abituraufgaben deutschlandweit einheitlich zu stellen?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie für oder gegen die Einführung eines »Gemeinsamen Kernabiturs«, bei dem 30 Prozent der Abituraufgaben in den Kernfächern (Mathematik, Deutsch, Englisch) deutschlandweit einheitlich gestellt werden?

Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Ohne Information Sind Sie für oder gegen die Einführung eines »Gemeinsamen Kernabiturs«, bei dem 70 Prozent der Abituraufgaben in den Kernfächern (Mathematik, Deutsch, Englisch) deutschlandweit einheitlich gestellt werden?

Mit Information Studien haben gezeigt, dass selbst bei gleichen Noten die Abiturient*innen in manchen Bundesländern deutlich mehr wissen als in anderen. Gleichzeitig müssen Universitäten bei der Studienplatzvergabe die Abiturnoten aus allen Bundesländern gleich werten. Sind Sie für oder gegen die Einführung eines »Gemeinsamen Kernabiturs«, bei dem 70 Prozent der Abituraufgaben in den Kernfächern (Mathematik, Deutsch, Englisch) deutschlandweit einheitlich gestellt werden?

Frage 5 [6] (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Sind Sie für oder gegen die Einführung eines deutschlandweit einheitlichen Zentralabiturs, das sich am durchschnittlichen [anspruchsvollsten] Abiturniveau aller Bundesländer orientiert?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

zu stärkerer Vereinheitlichung und verbesserter Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern waren bisher selten von Erfolg gekrönt.

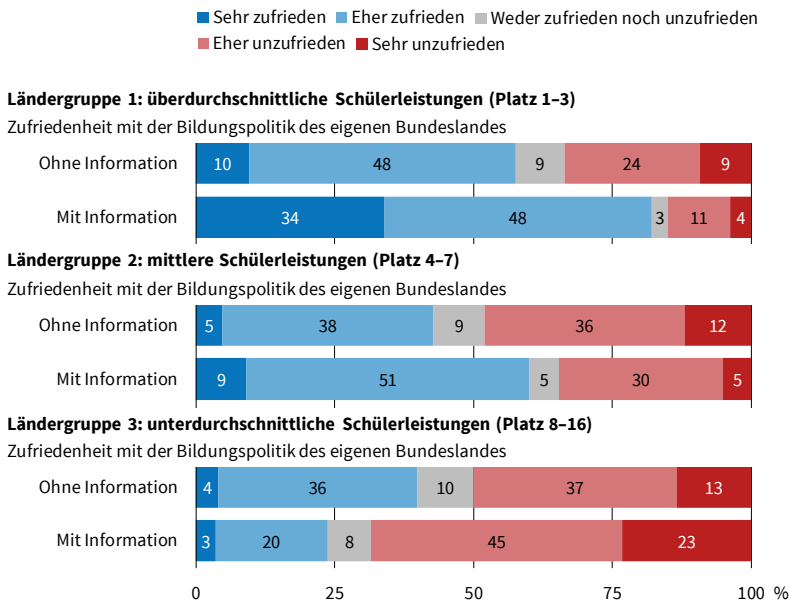
Diese Situation steht in starkem Kontrast zur Meinung der deutschen Bevölkerung. So wünscht sich eine klare Mehrheit der Deutschen, dass wichtige Bildungsentscheidungen grundsätzlich von der Bundesregierung getroffen werden.¹⁰ Auch bei der Frage der Zuständigkeit und Finanzierung der einzelnen Bildungsbereiche von der Kindertagesbetreuung über die Schulen bis hin zu den Hochschulen ist ein Wunsch zu verstärkter Einbindung des Bundes zu beobachten. Bei konkreten Aufgabenbereichen im Schulsystem sprechen sich die Befragten mehrheitlich für Schulautonomie bei der Auswahl der Lehrkräfte und bei der Mittelverwendung aus, wohingegen sie sich bei Rahmenregelungen tendenziell eine Zuständigkeit des Bundes wünschen.

¹⁰ Gerade auch während der Coronakrise spricht sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen für bundesweit einheitliche Bildungsentscheidungen aus (vgl. Wößmann et al. 2020).

Abb. 10

Wie zufrieden sind die Deutschen mit der Bildungspolitik ihres Bundeslandes?

Zufriedenheit hängt von Leistungsergebnissen ab, besonders bei vergleichender Information



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Ohne Information Wie zufrieden sind Sie mit der Bildungspolitik in Ihrem Bundesland?**Mit Information** Die Schüler*innen in Ihrem Bundesland haben bei der in der vorigen Frage genannten Bildungsstudie Platz X von 16 belegt. Wie zufrieden sind Sie mit der Bildungspolitik in Ihrem Bundesland?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2020.

© ifo Institut

Ein Nationaler Bildungsrat und ein Bildungsstaatsvertrag mit verbindlichen Vorgaben für alle Bundesländer – zwei aktuell diskutierte Politikvorschläge zur stärkeren Vereinheitlichung des Bildungssystems – werden von großen Teilen der Bevölkerung befürwortet. Klare Mehrheiten gibt es auch für eine Vereinheitlichung der Lehrer*innenausbildung in allen Bundesländern und für eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Schulbereich.

Die allermeisten Befragten finden es wichtig, dass Schülerleistungen zwischen den Bundesländern vergleichbar sind. Folglich unterstützen sie auch die regelmäßige Erhebung von Schülerleistungsdaten für Bundesländervergleiche, notenrelevante einheitliche Vergleichstests und deutschlandweit einheitliche

Abschlussprüfungen. Für die gymnasiale Oberstufe befürworten überwältigende Mehrheiten deutschlandweit einheitliche Lehrpläne und verschiedene Vorschläge zur besseren Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen wie einen verpflichtenden gemeinsamen Aufgabenpool, ein Gemeinsames Kernabitur oder ein am durchschnittlichen Abiturniveau orientiertes Zentralabitur.

LITERATUR

Aktionsrat Bildung (2011), *Gemeinsames Kernabitur: Zur Sicherung von nationalen Bildungsstandards und fairem Hochschulzugang*, Waxmann, Münster.

Bergbauer, A. B., E. A. Hanushek und L. Wößmann (2018), »Testing«, NBER Working Paper 24836. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

Besley, T. und A. Case (1995), »Incumbent Behavior: Vote-Seeking, Tax-Setting, and Yardstick Competition«, *American Economic Review* 85(1), 25–45.

Grewenig, E., P. Lergetporer, L. Simon, K. Werner und L. Wößmann (2018), »Can Online Surveys Represent the Entire Population?«, CESifo Working Paper 7222, CESifo, München.

Lenk, T., P. Glinka und M. Hesse (2019), »Bildungsföderalismus in Deutschland: Finanzwissenschaftliche Bewertung der Grundgesetzänderung«, *Wirtschaftsdienst* 99(3), 196–202.

Mahler, N., und J. Kölm (2019), »Mittelwerte und Streuungen der erreichten Kompetenzen im Ländervergleich«, in: P. Stanat, S. Schipolowski, N. Mahler, S. Weirich und S. Henschel (Hrsg.), *IQB-Bildungstrend 2018 – Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I im zweiten Ländervergleich*, Waxmann, Münster, 265–294.

Oates, W. E. (1972), *Fiscal Federalism*, Harcourt Brace Jovanovich, New York.

Shleifer, A. (1995), »A Theory of Yardstick Competition«, *RAND Journal of Economics* 16(3), 319–327.

Statistisches Bundesamt (2019), *Bildungsfinanzbericht 2019*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016), *Mehr Transparenz in der Bildungspolitik*, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.

Wößmann, L. (2018), »Central Exit Exams Improve Student Outcomes«, *IZA World of Labor* 419.

Wößmann, L., V. Freundl, E. Grewenig, P. Lergetporer, K. Werner und L. Zierow (2020), »Bildung in der Coronakrise: Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen?«, *ifo Schnelldienst* 73(9), vorab, August, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-09-woessmann-et-al-bildungsbarometer-corona.pdf>.

Wößmann, L., P. Lergetporer, E. Grewenig, S. Kersten, F. Kugler und K. Werner (2019), »Was die Deutschen über Bildungsungleichheit denken – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2019«, *ifo Schnelldienst* 72(17), 27–41.